

Kampf um die Zivis

Kitas, Spitäler und Schulen bangen um ihre Zivildienstleistenden. Diese sollen bald im Zivilschutz aushelfen.

Chiara Stäheli

Sie sind aus vielen Kitas, Schulzimmern und Pflegeheimen kaum mehr wegzudenken: die jungen Männer, die sich aus Gewissensgründen gegen das Militär und für einen längeren Einsatz im Zivildienst entscheiden. Jährlich sind es über 6000 Personen, die zum Zivildienst zugelassen werden. Über die Hälfte von ihnen leistet Einsätze im Sozialwesen – etwa in Krippen, Asylzentren oder Altersheimen. Doch nun sorgt eine geplante Gesetzesänderung bei ebendiesen Institutionen für Unmut. Worum geht es? Der Bundesrat hat Anfang Jahr eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Diese sieht vor, dass Zivildienstleistende künftig dazu verpflichtet werden können, einen Teil ihrer Dienstpflicht bei unterdotierten Zivilschutzorganisationen zu leisten. Also dann, wenn in einer Zivilschutzorganisation in einem Jahr mehr Schutzdienstpflichtige entlassen als neu eingeteilt werden und dieser Unterbestand nicht zwischen den Kantonen ausgeglichen werden kann.

Zivis sind für Institutionen «eine wichtige Stütze»

Hintergrund der Vorlage ist der rückläufige Bestand beim Zivilschutz: Gemäss dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz müssten jährlich rund 5200 Personen für den Zivilschutz rekrutiert werden, «um den Soll-Bestand von 72 000 Zivilschutzangehörigen aufrechterhalten zu können». Seit 2017 sei diese Zahl aber nie mehr erreicht worden. Im aktuellen Jahr liege der Bestand aktiver Zivilschutzangehöriger noch bei knapp 59 000, hinzu kommen etwas mehr als 8000 Personen im Reservepool.

Gegen die Revision laufen nun jene Organisationen und Verbände Sturm, die auf ihre Zivis – also die Zivildienstleistenden – angewiesen sind. So etwa Kibesuisse, der Verband Kinderbetreuung Schweiz. Insbesondere für kleinere Kitas mit gemeinnütziger Trägerschaft seien Zivis oftmals eine wichtige Stütze, «weil sie mithelfen, Per-



Viele Schulen und Kitas greifen auf Zivildienstleistende zurück, um das Personal zu entlasten.

Bild: Christian Beutler/Keystone

sonalengpässe zu überbrücken, und tatkräftig bei allen über die Betreuung hinausgehenden Tätigkeiten mit anpacken», sagt Maximiliano Wepfer von Kibesuisse. «Die Einsätze der Zivis tragen dazu bei, die negativen Folgen des Personal- und Fachkräftemangels in der Branche abzumildern.» Werde die Geset-

zesänderung wie vom Bundesrat vorgeschlagen angenommen, so müssten die Kitas «jederzeit damit rechnen, dass die Behörden die Einsätze der Zivis abbrechen oder diese gar nicht erst bewilligen», so Wepfer. Dadurch gehe jegliche Planungssicherheit für Kitas und Zivis verloren. Betroffenen von dieser Revision wären

auch zahlreiche Gesundheitseinrichtungen. Der Spitalverband H+ teilt auf Anfrage mit, man könne derzeit noch nicht abschätzen, welche Auswirkungen die Änderungen im Zivilschutzgesetz auf den Einsatz von Zivildienstleistenden in den Spitälern und Kliniken hätten. Doch: «Die Zivildienstleistenden haben sich über die Jahre zu einem festen Bestandteil des Spitalpersonals in Logistik, Küche, Pflege und Betreuung entwickelt.» Mit ihrer Arbeit würden sie das gelernte und diplomierte Fachpersonal entlasten.

Referendum nicht ausgeschlossen

Von einer «begrüßenswerten Massnahme» spricht hingegen Nationalrätin Maja Riniker (FDP/AG), Präsidentin des Schweizerischen Zivilschutzverbands: «Schreitet der Rückgang weiter voran, so wird dies zwingend zu einem Leistungsabbau beim Zivilschutz füh-

ren.» Es sei deshalb wichtig, die «kritische Personalsituation» mit der vorgeschlagenen Massnahme zu verbessern. Dass darunter der Zivildienst leiden würde, bezweifelt Riniker: «Wir denken, dass für alle genügend Zivildienstleistende vorhanden wären.» Schliesslich werde der Zivilschutz nur in Notlagen und bei Unterbeständen auf Personal aus dem Zivildienst zurückgreifen.

Die Ergebnisse aus der Vernehmlassung wird der Bund nun analysieren. Anschliessend soll dem Parlament ein Erlassentwurf vorgelegt werden, worüber National- und Ständerat wohl im kommenden Jahr befinden. Für den Zivildienstverband Civiva ist derweil klar: «Wenn sich am jetzigen Entwurf nichts ändert, ist ein Referendum nicht auszuschliessen.» Man wolle nun aber abwarten, wie der Bund auf die teils sehr kritischen Stellungnahmen der Verbände, Kantone und linken Parteien reagiere.

So unterscheiden sich Zivildienst und Zivilschutz

An der Aushebung entscheidet sich, wer Militärdienst leisten kann und wer nicht. Ist jemand militärdiensttauglich, kann dies aber nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, so kann er stattdessen **Zivildienst** leisten. Ist jemand untauglich für das Militär, aber «schutzdiensttauglich», so leistet er **Zivilschutz**. Auch Freiwillige können Einsätze im Zivilschutz übernehmen. Der **Zivilschutz** kommt vor allem bei

Grossereignissen, Notlagen und Katastrophen zum Einsatz. Er schützt, unterstützt und betreut in solchen Situationen die zivile Bevölkerung. Beim **Zivildienst** stehen Einsätze zugunsten der Gemeinschaft im Vordergrund, also etwa in Schulen, Pflegeheimen, Kitas oder Naturschutzorganisationen. Der Einsatz im Zivildienst dauert 1,5-mal so lange wie der Militärdienst – also bis zu 368 Tage. (chi)

Rückschlag für die Solaroffensive

Grengiols Die im Herbst vom Parlament ausgerufene Solaroffensive erlebt einen Dämpfer. Grund dafür ist die geplante alpine Solaranlage von Grengiols-Solar im Walliser Saftischtal in 2000 bis 2500 Metern Höhe. Noch Mitte März bescheinigten die Betreiber der Anlage ein Potenzial von jährlichen 600 GWh Strom, davon rund 42 Prozent im Winter. Daraus wird nun nichts: Das Bauprojekt wird deutlich redimensioniert, wie die Projektpartner mitteilten.

Als Grund nennen sie die Verordnungen zum Bau alpiner Photovoltaikanlagen, die ihnen Grenzen setzen würden. Um von den neuen Bundessubventionen profitieren zu können, müsste die Anlage bis Ende 2025 mindestens zehn Prozent des Stroms ins Netz einspeisen und bis Ende 2030 vollständig in Betrieb sein. Unter diesem rechtlichen Rahmen lasse sich das Potenzial nicht ausschöpfen – die Voraussetzungen und der zeitliche Druck «beschränken das Projekt». Daher orientiere sich das Ende Jahr einzureichende Bauprojekt jetzt «am Realisierbaren».

Gegner sprechen von Ablenkungsmanöver

Neu sollen auf einer Fläche von einem Quadratkilometer rund 160 000 Solarmodule jährlich ungefähr 110 GWh Strom liefern. Das deckt den Strombedarf von rund 37 000 Haushalten. Noch im März sprach man von 910 000 Solarmodulen.

Die Gegner des Projekts, die IG Saftischtal, haben die Verkleinerung erwartet. Zu gross seien die technischen Herausforderungen, zu ungeeignet die Geologie, zu massiv der Eingriff in die Natur und zu gering die Akzeptanz in der Bevölkerung, schreibt die IG in einer Reaktion und fordert weiterhin die Aufgabe des Projekts. Der Solartraum platze «wie eine Seifenblase». Sie halten die Begründung der Projektpartner für eine Ablenkung und befürchten vielmehr eine «taktische Massnahme». Ihr Verdacht: Dank der verkleinerten Variante sollen die Abstimmungen in Grengiols gewonnen werden – nur um dann später wieder auf die ursprüngliche Version umzuschwenken. (chm)

Vermehrt prägen Secondos die Schweizer Politik

Mit Ylfete Fanaj erhält der Kanton Luzern die erste Regierungsrätin mit kosovarischen Wurzeln. Die Wahl habe Symbolkraft, heisst es.

Chiara Stäheli

Seit Sonntag ist klar: Die Luzerner Regierung ist so divers wie kaum je zuvor. Nicht nur sitzen künftig zwei Frauen im Fünfergremium. Mit der SP-Politikerin Ylfete Fanaj erhält der Kanton Luzern zudem die landesweit erste Regierungsrätin mit kosovarischen Wurzeln.

Darüber freut sich Pärparim Avdili, ein Secondo mit albanischen Wurzeln. Er ist Gemeinderat, Präsident der Stadtzürcher Freisinnigen und Vizepräsident des Vereins Secondas Zürich. «Der Einzige von Ylfete

Fanaj in die Luzerner Regierung hat eine gewisse Symbolkraft. Ihr Beispiel zeigt, dass in der Schweiz mittlerweile auch Menschen mit Migrationshintergrund und ausländisch klingenden Namen in solche Ämter gewählt werden können.» Zwar habe er das Heu in politischen Belangen meist nicht auf derselben Bühne wie SP-Frau Fanaj, doch: «Ich finde es wichtig, dass auch wir unseren Beitrag leisten und uns politisch engagieren – egal für welche Partei.» Das tut Avdili seit Jahren. Ein persönliches Anliegen ist dem 35-jährigen dabei auch, die al-

banischstämmige Community für Politik begeistern zu können. «In dieser Bevölkerungsgruppe ist die Wahlbeteiligung sehr tief, oft fehlt das Demokratieverständnis. Entsprechend unterrepräsentiert sind Menschen mit Wurzeln im Balkan auch in den politischen Gremien», erklärt Avdili.

Meist engagiert sich erst die zweite Generation

Diesen Eindruck bestätigt Gianni D'Amato. Er ist Professor an der Universität Neuenburg und leitet das Schweizer Forum für Migrations- und Be-

völkerungsstudien (SFM). Auch wenn es Ausnahmen gebe: «Im Normalfall ist es erst die zweite Generation der Migrantinnen und Migranten, die sich politisch einbringt und auch für entsprechende Ämter kandidiert.» Wer also in der Schweiz aufgewachsen sei, habe eher ein Interesse daran, auch politisch mitwirken zu können.

Dabei seien die Hürden für den Einstieg in die Politik für Secondos und Secondas meist höher als für Schweizer ohne Migrationshintergrund. «Um in der Lokalpolitik Fuss zu fassen, braucht es gerade von diesen

Menschen ein besonders grosses Engagement – auch, weil sie oft nicht in das typische Bild aktiver Bürgerinnen und Bürger einer Partei passen», sagt D'Amato. Zudem kann sich in die meisten politischen Ämter nur wählen lassen, wer die Schweizer Staatsbürgerschaft besitzt.

Hinzu kommt: Laut einer Studie der Universität Luzern werden Kandidierende mit ausländisch klingenden Namen bei Wahlen öfters von den Parteilisten gestrichen und weniger häufig kumuliert und panaschert als solche mit typisch schweize-

rischen. Zu diesem Schluss kamen die Forschenden, nachdem sie rund 600 000 veränderte Wahlzettel der Nationalratswahlen 2015 untersucht hatten. Besonders verbreitet sei diese Art der «Wahldiskriminierung» bei Sympathisanten der bürgerlichen Parteien.

Auch wenn diese Erkenntnisse alles andere als zuversichtlich stimmen: Pärparim Avdili lässt sich davon nicht aufhalten. Im Herbst will der Zürcher in den Nationalrat einziehen – als Vertreter jener 40 Prozent der Bevölkerung, die einen Migrationshintergrund haben.